

Von: Houben Reinhard <reinhard.houben@bundestag.de>
Gesendet: Donnerstag, 25. April 2024 12:52
An: hab8cht@mailbox.org
Betreff: Ihr offener Brief zur AfD

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte entschuldigen Sie zunächst, dass Ihr Schreiben durch ein Büroversehen bisher unbeantwortet geblieben ist.

Die AfD ist eine in Teilen rechtsextremistische Partei. Deshalb wird sie vom Verfassungsschutz beobachtet. Dies bedeutet aber nicht, dass für Ihre Bekämpfung ebenfalls rechtliche Mittel am besten geeignet wären. Das Bundesverfassungsgericht hat die Hürde für Parteienverbote sehr hoch gehängt. Dies hat zuletzt das Verfahren zum Verbot der NPD wieder bewiesen, das am Ende nicht zum Verbot der Partei geführt hat. Ein gescheitertes Verbotsverfahren wäre verheerend und würde wie eine Bestätigung ihrer Politik und ihrer Methoden wirken.

Der bessere Weg ist es, die AfD politisch zu bekämpfen. Die guten Umfrageergebnisse und die Wahlerfolge in jüngerer Zeit sind nicht darauf zurückzuführen, dass alle, die diese Partei wählen oder das zumindest planen, tatsächlich rechtsextrem sind. Dies trifft nur für einen Teil der Wählerschaft zu. Viele sind auch unzufrieden mit politischen Entscheidungen der letzten Jahre, insbesondere der zweiten Hälfte der Merkel-Regierungen zwischen 2013 und 2021. Hier wurden viele falsche Entscheidungen getroffen, außerdem viele notwendige Entscheidungen gar nicht getroffen. Dies betrifft beispielsweise die ungeordnete Migrationspolitik, die einseitige Energiepolitik, die allgemeine Lähmung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren oder die fehlenden Lösungen beim Bürokratieabbau. Die Ampelregierung ist seit zwei Jahren dabei, diese Politik zu korrigieren, und ist auf diesem Weg auch schon ein gutes Stück vorangekommen. Zugleich muss die Bundesregierung ihre Politik noch besser erklären. Ich bin davon überzeugt, dass es uns auf diesem Weg gelingen wird, die AfD wieder kleiner werden zu lassen.

Der andere Aspekt betrifft die politischen Vorschläge der AfD. Hier müssen wir immer wieder deutlich machen, was für katastrophale Folgen die Forderungen dieser Partei haben würden. Nur zwei Beispiele: Für eine exportabhängige Nation wie Deutschland würde ein Austritt aus der EU das Ende unseres Wohlstands bedeuten. Und angesichts des Arbeitskräftemangels in fast allen Bereichen brauchen wir dringend eine qualifizierte und gesteuerte Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Wer die Grenzen dicht machen oder sogar Menschen, die hier eine Beschäftigung haben, wieder zurückschicken will, schwächt nachhaltig unsere Wirtschaft und unseren Sozialstaat. In diesem Sinne plädiere ich für eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Houben

Reinhard Houben MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227-73375
Fax: 030 227-70377

reinhard.houben@bundestag.de
www.reinhard-houben.de

PS: Kennen Sie schon unseren Newsletter mit aktuellen Informationen zur Arbeit in Berlin?
Einfach auf der Homepage www.reinhard-houben.de/nl anmelden.